

Pressemitteilung der Grünen im Kreistag Unna

Nach Ortstermin an der geplanten Erweiterungsfläche des Induparks Ost im Bimbergtal:

Grüne schlagen Runden Tisch vor

In einer gemeinsamen Stellungnahme der Grünen Kreistagsfraktion und der Ratsfraktion der Stadt Unna sprechen sich beide Fraktionen gegen die Forderung der Wirtschaftsbetriebe aus 70.000 Quadratmeter zusätzlich für eine Gewerbegebietserweiterung am südöstlichen Rand des Induparks zu schaffen.

„Die Fakten liegen auf dem Tisch“, so der Vorsitzende der Kreistagsfraktion Herbert Goldmann nach dem heutigen Ortstermin – „die Realisierung einer solchen Planung erfordert sowohl Änderungen des aktuell gültigen Gebietsentwicklungsplanes, des FNP als auch die Entlassung der beanspruchten Flächen aus der Landschaftsschutzverordnung. Als Sprecher für Landesplanung der Grünen Landtagsfraktion und insbesondere als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandsversammlung des RVR, als zuständige Regionalplanungsbehörde kann ich versprechen, dass ich alles unternehmen werde, einen solchen Eingriff in eine aus meiner Sicht hochwertige ökologische Fläche zu verhindern“.

Schon ein schneller Blick in die aktuellen Zahlen des RuhrFIS-Flächenmonitoring des Regionalverbandes Ruhr belegt, dass die Stadt Unna noch über fast 70 ha planerisch gesicherte Gewerbefläche verfügt. In der Größenordnung von 7 ha, wie sie jetzt zusätzlich für die Erweiterung des Induparks vorgeschlagen werden, verfügt die Stadt Unna noch über fünf bereits planerisch gesicherte Standorte mit mehr als 30 ha nutzbare Gewerbefläche. Für die Grünen stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie denn angesichts einer der Stadt Unna anzurechnenden Reserve an Gewerbeflächen von rund 70 ha die Verwaltung den zusätzlichen Bedarf gegenüber dem RVR als Regionalplanungsbehörde oder gegenüber den Umweltbehörden als Eingriff in den Landschafts- und Naturschutz sachlich begründen will.

„Die Verwaltung ist vielmehr aufgefordert ihre Hausaufgaben zu machen und für die im geltenden Regionalplan oder im Flächennutzungsplan gesicherten Gewerbeflächen unverzüglich Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und für diese verfügbaren Standorte ggfs. verbindliches Baurecht für Investoren und ansiedlungswillige Unternehmen zu schaffen“, so der umweltpolitische Sprecher der Grünen Stadtratsfraktion in Unna, Björn Merkord .

Um schnell Klarheit in der Sache zu bekommen, schlagen die GRÜNEN ein zeitnahes Abstimmungsgespräch zwischen der Stadt, dem Kreis, der WFG und dem RVR vor, bevor die Beratungen zur Änderung des FNP begonnen werden.

Die Belange der Wirtschaft sind den Grünen durchaus eine Herzensangelegenheit, aber für ökologische Standards und Vorgaben gilt dies ebenso. „Wir sind bereit, uns mit allen Beteiligten zur Lösung gemeinsam an einen Tisch zu setzen; das ist für uns doch selbstverständlich!“, so abschließend Ines Nieders-Molik, Sprecherin für Stadtentwicklung der grünen Ratsfraktion in Unna.

Foto: Ortstermin der Grünen auf der umstrittenen Fläche im Bimbergtal: Björn Merkord, Wilhelm Sommer, Ines Nieders-Mollik von der Unnaer Ratsfraktion sowie Anke Schneider und Herbert Goldmann, beide Fraktionssprecher der Grünen im Kreistag.